

SAGEN SIE UNS IHRE MEINUNG!

Gibt es etwas, das Sie uns mitteilen möchten? Dann schreiben Sie uns, rufen Sie uns an oder kommen Sie in unsere Sprechstunde! Hier können Sie uns erreichen:

SPD-Fraktion in der BVV von Friedrichshain-Kreuzberg
Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin, Raum 1048
Sprechstunden: Montag bis Donnerstag 15:30 bis 17 Uhr
Tel.: 030 90298 2451
E-Mail: info@spdfraktion-xhain.de



Sebastian Forck, Fraktionsvorsitzender
E-Mail: sebastian.forck@spdfraktion-xhain.de
Tel.: 0160 901 838 57



Sevim Aydin, stellv. Fraktionsvorsitzende
E-Mail: sevim.aydin@spdfraktion-xhain.de
Mobil: 0178 358 7262



Frank Vollmert, stellv. Fraktionsvorsitzender
E-Mail: frank.vollmert@spdfraktion-xhain.de
Mobil: 0163 3644 955

WEITERLESEN ...

... können Sie auf unserer Internetseite, auf der wir Sie mit aktuellen Berichten zu unserer Arbeit im Bezirksparlament auf dem Laufenden halten. Dort können Sie sich auch für den monatlich erscheinenden Newsletter der SPD-BVV-Fraktion anmelden.
spd-friedrichshain-kreuzberg.de/bvv-fraktion/

Impressum: SPD-Fraktion in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg, ehem. Rathaus Kreuzberg, Yorckstraße 4-11, 10965 Berlin (Raum 1048). V.i.S.d.P.: Sebastian Forck. Redaktion: Carl-Friedrich Höck. Diese Veröffentlichung dient der Information über die Arbeit der SPD-BVV-Fraktion. Sie darf nicht zum Zweck der Wahlwerbung eingesetzt werden.



Nachrichten aus der BVV / Ausgabe März 2020

SPD-FRAKTION FÜR MODELLPROJEKT SPÄTERER SCHULBEGINN

Die SPD-Fraktion regt an, im Bezirk ein Modellprojekt „späterer Schulbeginn“ durchzuführen. Denn wissenschaftliche Studien belegen, dass zum bisher üblichen Schulbeginn um 8 Uhr die Leistungsfähigkeit der Schüler*innen oftmals eingeschränkt ist und ein zu frühes Aufstehen nicht dem natürlichen Schlaf-Wach-Rhythmus entspricht.



Das Bezirksamt soll deshalb in der Friedrichshain-Kreuzberger Schullandschaft die Bereitschaft abfragen, modellhaft den Schulbeginn auf einen späteren Zeitpunkt anzusetzen, der über die bis jetzt schon bestehenden Regelungen hinausgeht. Das fordert ein Antrag der SPD-Fraktion. Wenn eine Schule Interesse bekundet – oder auch mehrere – soll das Bezirksamt mit den schulischen Gremien und der Schulaufsicht ein Modell erarbeiten. Im Rahmen des Projektes

sollen die gemachten Erfahrungen evaluiert werden und es soll geprüft werden, inwiefern sich das Modell auf andere Schulen übertragen lässt.

Hintergrund: Gemäß dem Berliner Schulgesetz entscheidet die Schulkonferenz der jeweiligen Schule mit einfacher Mehrheit über den täglichen Unterrichtsbeginn (§ 76 SchulG). In der Praxis beginnt der Unterricht an den Berliner Schulen zumeist etwa 8 Uhr, spätestens 8:30 Uhr.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Frank Vollmert erklärt dazu: „Ausgeschlafen lernt es sich einfach besser. Deshalb ist es sinnvoll, abseits des Üblichen etwas Neues auszuprobieren.“

MELDUNGEN AUS DEM BEZIRKSPARLAMENT



Schutz für Seniorenzentrum Bethel – In einem gemeinsamen Antrag fordern die Fraktionen von SPD und CDU, den Eingang des Seniorenzentrums Bethel in Friedrichshain besser gegen vorbeirasende Autofahrer*innen zu sichern. Die dort aufgestellten Poller sind bereits mehrfach umgefahren worden. Deshalb

schlagen SPD und CDU vor, die Grenze zum Nachbargrundstück mit großen Steinen zu schützen. „Die Bewohner*innen und Besucher*innen des Seniorenzentrums geraten regelmäßig durch die schnell herannahenden Kraftfahrzeuge in Bedrängnis“, schreiben die Bezirksverordneten Peggy Hochstätter (SPD) und Wolfgang Fisch (CDU) in der Antragsbegründung. Da die meist älteren Menschen häufig weniger mobil seien, falle ihnen das Ausweichen schwer und verängstige sie. Ebenso würden Kinder, die den angrenzenden Spielplatz besuchen, durch die dort fahrenden Autos gefährdet.

Gedenken an Rukeli Trollmann – Das Bezirksamt hat (wie von der SPD vorgeschlagen) eine Gedenktafel für den deutschen Boxer errichtet, der von den Nazis ermordet wurde. Die offizielle Einweihung der Tafel steht noch aus. Warum Trollmanns Tochter nicht vorab über die Aufstellung der Tafel informiert worden ist, dazu richten wir eine Anfrage an das Bezirksamt (bisher unbeantwortet, Stand 2. März 2020).

Barrierefreiheit im ÖPNV – Das Bezirksamt wird aufgefordert darzustellen, wie und bis wann der barrierefreie Ausbau von Bus- und Tramhaltestellen in bezirklicher Zuständigkeit erfolgen soll. Dies fordert ein SPD-Antrag, der nun von der BVV beschlossen wurde.

Einstieg in die Rekommunalisierung der Schulreinigung – Dazu hat die SPD-Fraktion bereits im Februar 2019 einen Antrag eingebracht. Nachdem er mehrfach vertagt und geändert worden ist, wurde der Antrag nun von der BVV beschlossen. (DS/1147/V) Die Rekommunalisierung der Schulreinigung soll als Pilotprojekt eine bessere Säuberung der Schulen gewährleisten und gleichzeitig gute Arbeitsbedingungen ermöglichen. Weil das aber mehr Geld kostet, soll das Bezirksamt mit dem Senat über höhere Zuweisungen verhandeln und zugleich prüfen, inwiefern sich das Projekt aus dem Bezirkshaushalt stemmen lässt.

Zukunft des ehemaligen Prinzessinnengartens – Wie es mit dem Grundstück am Moritzplatz weitergeht, hat SPD-Fraktionsvizein Sevim Aydin erfragt. Die bisherigen Be-

treiber des Gartens sind mit ihrem Projekt mehrheitlich nach Neukölln umgezogen. Stadtrat Florian Schmidt (Grüne) erklärte: Nachdem die „Nomadisch Grün gGmbH“ den Vertrag für die Liegenschaft gekündigt habe, habe das Bezirksamt einen Pachtvertrag mit „Common Grounds e.V.“ geschlossen. Dieser laufe zunächst bis Ende 2021 und könne vom Pächter zweimal um je zwei Jahre verlängert werden. Der Standort solle als urbaner, gemeinwohlorientierter Gemeinschaftsgarten erhalten bleiben, so Schmidt. Common Grounds sei bereits in der Vergangenheit Untermieter auf dem Grundstück gewesen und habe den Garten mitentwickelt.

RÄUME FÜR KUNST IN GEFAHR

Im Gegensatz zu Wohnmieten sind Gewerbemieten nicht reguliert. Das macht der Kunstszene zu schaffen. Am 19. Februar stellten sich im Kulturausschuss der BVV mehrere Betroffene vor. Darunter die Ateliergemeinschaft Glogauer Straße 6 – ein Standort, der seit den 1980er Jahren von Künstler*innen genutzt wird. In den vergangenen Jahren ist die Miete immer wieder angehoben worden. Nun soll die Ateliergemeinschaft statt neun Euro künftig mehr als 15 Euro pro Quadratmeter zahlen. Das sei zuviel, so die Ateliergemeinschaft. Ihre Vertreter*innen berichteten auch, dass immer mehr Künstler*innen Berlin verlassen, weil sie sich die gestiegenen Mieten nicht mehr leisten können. Nun hoffen sie, den Eigentümer noch umstimmen zu können, und setzen dabei auf die Unterstützung der Öffentlichkeit. Die erhielten Sie nun in Form eines BVV-Beschlusses, der das Bezirksamt auffordert das Gespräch mit dem Eigentümer zu suchen.

Auf politischen Rückenwind hoffen auch die Bewohner*innen und Gewerbetreibenden in der Skalitzer Straße 100. Zur „Kreuzberger Mischung“ gehören hier auch Ateliers und Workshopräume. Kürzlich wurde das Haus verkauft. Die Nutzer*innen würden es jedoch gerne selbst erwerben und genossenschaftlich verwalten, mit Hilfe des Mietshäuser-Syndikats.

Der Kulturausschuss appellierte an das Bezirksamt zu prüfen, ob das Vorkaufsrecht zugunsten der Hausgemeinschaft ausgeübt werden kann. Mittlerweile wurde bekannt, dass der Käufer eine Abwendungsvereinbarung unterschrieben hat. Damit verpflichtet er sich, bestimmte Auflagen zum Schutz der Mieter*innen einzuhalten (etwa den Verzicht auf Luxusmodernisierungen oder leistbare Mieten bei Neuvermietung). Aufgrund der unterschriebenen Abwendungsvereinbarung darf der Bezirk das Vorkaufsrecht nicht anwenden. Die Hausgemeinschaft will trotzdem weiterkämpfen. „Wir fordern nun den Verkauf des Hauses zurück an die Mieter*ngemeinschaft!“, schreibt sie auf Twitter.